Bezugsgebühr
[illegible] Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Für Inserate von Aufforderungen" ist [illegible] Exemplar erhöht in der Expedition, Marienstr. 38, in den Annahmestellen d. Herrn [illegible] über Nacht. Sonntags nur [illegible] Uhr Mittags.
Insertionstarif.
Die [illegible] Grundzeile (ca. 8 Silben) [illegible] Pf.; [illegible] auf der Privatseite 20 Pf.; Doppelzeile „inkrem" [illegible] Pf.; Einsendungen (Eingesandt) 40 Pf. Grundzeile. Tabellen und Ziffernsätze 50 Pf. Bei Wiederholungen [illegible] Rabatt. Beilagen nach Uebereinkunft. Für Familiennachrichten ermäßigt sich der Preis um 20 Pf. Auswärtige Aufträge können nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pf. berechnet. Für Nichtaufnahme eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechanschluß:
Amt I Nr. 11 u. Nr. 3008.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang.

Das Putz- & Mode-Magazin
F. M. Korschatz
Hoflieferant, Strah- & Filzhutfabrik, Altmarkt 6, gegründet 1873,
hielt stets nur das Neueste und Beste zu billigsten Preisen.

Photographische
Apparate
in reichster Auswahl bei
Emil Wünsche
Moritzstr. 20
(Ecke Gewandhaus-, Nähe König-Johannstr.-se).
Fabrik: Reick bei Dresden.
Filialen:
Leipzig, Berlin, Frankfurt a. M., Bodenbach i. B.
Ausführlicher Catalog nach auswärts gegen 20 Pfg. in Briefmarken.

Elite-Schutzm. Carl Tiedemann, Hoflieferant. Gegr. 1833.
Bester Fussbodenanstrich ist
Tiedemann's Bernsteinöllack
mit Farbe, über Nacht trocknend, nicht klebend.
Altstadt: Marienstr. 10, Amalienstr. 18.
Zwickauerstr. 40. Neust.: Heinrichstr. (Stadt Görlitz).

„Invalidendank"
Dresden, Seestrasse 5, I.
Fernsprechstelle 1117.
I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater.
III. Effekten-Kontrolle unter Garantie.
IV. Kollektion der Sächs. Landeslotterie.

Tuchwaaren.
Grösste Auswahl von Neuheiten in Winter-Paletot-, Anzug- u. Hosenstoffen, beste deutsche u. englische Fabrikate, empfehlen zu billigsten Preisen
Friedr. Greiff & Sohn,
Georgplatz 9, part. und I. Et.

Waisenhausstrasse 34. ✦ L. Weidig. ✦ Waisenhausstrasse 34.
Neuheiten elegant garnirter Damenhüte. Regelmässige, persönliche Einkäufe und Modestudien in Berlin, Paris.

Nr. 316. Spiegel: Letzte Reichstagstagung. Hofnachrichten, Aus dem Etat, Kindesmord, Gerichtsverhandlungen. „Don Juan." | Muthmaßliche Witterung: Heiter, trocken, weniger kalt. | Sonntag, 14. November 1897.

Politisches.

Am 30. November tritt der Reichstag zusammen, um in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung sein unerbauliches Dasein zu beenden. In seinem letzten Lebensabschnitte, unmittelbar vor den Neuwahlen, wird sich die jetzige Volksvertretung, die sich, nach des Kaisers Urtheil im vollsten Gegensatz zu den Gefühlen aller deutschen Fürsten und Völker, geweigert hat, den Begründer des Reiches und größten Deutschen unseres Jahrhunderts zu seinem 83. Geburtstag zu beglückwünschen, noch einmal in dem ganzen Glanze ihrer Interlokrität und des Mangels nationalen Gemeinsinns zeigen. Nicht der Gedanke, wie die Tagesfragen sachlich und zur Förderung der allgemeinen vaterländischen Interessen zu lösen sind, wird die Berathungen des Reichsparlaments beherrschen, sondern die Spekulation auf die rohen Instinkte der Wählermassen, die bei den Reichstagswahlen den Ausschlag geben, die Erwägung, mit welcher Taktik die Parteien und deren Führer die besten Geschäfte bei den Neuwahlen machen können, wird für die Haltung der antinationalen Mehrheitsparteien im Reichstage maßgebend sein. Schon die Wahlvorbereitungen draußen im Lande lassen deutlich erkennen, daß in der Zeit bis zum Wahltage unser öffentliches Leben durch den brutalsten Fraktionsegoismus und den rücksichtslosen Ehrgeiz der um die Mandate bubiendern und schacherenden Berufsparlamentarier terrorisirt werden wird. Der oberste Leitstern, daß des Vaterlandes Wohl über den Parteiinteressen stehen solle, ist erloschen. Ultramontane, Sozialdemokraten und Freisinnige und mit ihnen die im demokratischen Fahrwasser segelnden kleineren Gruppen der National-Sozialen, der Christlich-Sozialen und der Reformer wetteifern, z. Th. in schamloser Verleugnung ihres Programms, mit einander, sich für die Wahlkämpfe die wechselseitige Waffenbrüderschaft zu sichern, um die nationalen Parteien zu Boden zu werfen. Die sich sonst brüsten, daß sie die erkorenen Stützen von Thron und Altar sind, die sonst vorgeben, daß ihnen die Erhaltung der bestehenden Ordnung und die Wahrung unserer nationalen Errungenschaften am Herzen liegt, stehen jetzt in Reih und Glied mit den Umstürzlern, vermöge des gleichen Wahlrechts die wahren Freunde von Vaterland und Monarchie von der Mitwirkung an der Reichspolitik auszuschließen. Sie haben ja das Gefühl dafür verloren, daß sie sich als Bundesgenossen der Revolutionspartei das Schandmal vaterlandsloser Gesinnung aufdrücken.

Unter dem Einfluß der Wahlbewegung wird sich die letzte Tagung des gegenwärtigen Reichstags öder und unfruchtbarer denn je gestalten. Die Verhandlungen im Parlamente und die Wahlagitationen werden in innige Wechselbeziehungen treten. Die meisten Reden der Reichstagsabgeordneten werden zum Fenster des Hauses hinausgehalten werden und deshalb vollständig auf das Niveau der Wählreden hinabsinken, die nur darauf ausgehen, die Wähler zu ködern und zu verführen. Unter der Führung des Triumvirats Lieber-Richter-Singer, das die uneingeschränkte Herrschaft im Reichstage behaupten will, werden der Dilettantismus der heutigen parlamentarischen Bureaukratie, unter deren Tyrannei jedes sich einigermaßen über das Mittelmaß erhebende schöpferische Talent unterdrückt werden muß, und das berufsmäßige Demagogenthum die parlamentarischen Geschäfte so zu erledigen wissen, daß lediglich die fraktionellen und die persönlichen Bedürfnisse befriedigt werden. Daß Wandel geschaffen und das ganze politische Leben neubelebt werde, ist um so weniger zu erwarten, als wir noch immer einer programmatisch festen und klaren Reichspolitik im nationalen Bismarck'schen Sinne entbehren. Nur eine solche wäre im Stande, den Niedergang des Reichsparlamentarismus aufzuhalten und durch eine starke Initiative von großer vaterländischer Bedeutung und durch Impulse von nationaler Tragweite ein Gegengewicht gegen den Fortschritt der demokratisirenden Strömung zu bieten. Bei der Fortdauer der Handlangerpolitik und des Zickzackkurses kann der Zug nach links nicht gehemmt werden; schon der beständige Wechsel der an das Ruder berufenen Männer erschwert eine Reichspolitik von der Bismarck'schen Energie und Stetigkeit, besonders weil gerade diejenigen Männer immer wieder am schnellsten von der Bildfläche verschwinden müssen, die Willensstärke und Selbstständigkeit besitzen, um das Reichsschiff mit sicherer Hand durch die Untiefen und Brandungen zu lenken.

Die führende Partei im Reichstage hat bereits die Parole für die letzte Tagung ausgegeben. Dr. Lieber hat erklärt, die unversehrte Erhaltung des Centrums in seinem gegenwärtigen Bestande sei wichtiger, als die Zusammenfassung der Kräfte nach der Idee des Herrn von Miquel. Hiermit hat er wiederholt, was er bei Beginn der jetzigen Reichs-Gesetzgebungsperiode gesagt hat, daß nämlich die Erhaltung der Centrumspartei wichtiger sei als der Bestand des Deutschen Reichs. Das war das ultramontane Losungswort gegenüber der Caprivi'schen Militärvorlage; angesichts der neuen Marineforderungen wird dieselbe Parole als oberste Richtschnur für die Centrumspolitik aufgestellt. Sie ist zugleich die Losung, unter der das ganze ultramontan-freisinnig-sozialdemokratische Kartell die Miquel'sche Politik der Sammlung zu nichte machen will. An die Stelle der nationalen Politik will dieses demokratische Kartell die Fraktionspolitik setzen. Trägt das Triumvirat Lieber-Richter-Singer in der bevorstehenden Reichstagstagung den Sieg davon, so ist zugleich der Ausgang der neuen Reichstagswahlen besiegelt. Gelingt es der Reichsregierung nicht, schon in den bevorstehenden Reichstagsverhandlungen die Voraussetzungen für die Politik der Sammlung aller nationalgesinnten staatserhaltenden Kräfte zu schaffen, so wird sie über's Jahr einem Reichstag gegenüberstehen, dessen Widerstand zu brechen ohne ernste Konflikte und ohne außerordentliche Mittel sie nicht im Stande sein wird. Das mögen sich die regierenden Männer vor Augen halten, bevor sie in die Reichstagsverhandlungen eintreten.

Unter den Vorlagen, die den Reichstag beschäftigen werden, wären nur die Marineforderungen geeignet, eine starke Aktion zur Wiederbelebung des Bismarck'schen Kartells einzuleiten und der Wahlkampagne kräftige Impulse in der Richtung einer zielbewußten nationalen staatserhaltenden Politik zu geben, die die Strömung nach links brechen könnte. So verhängnißvolle Fehler, wie sie bei den Umsturzgesetzentwürfen im Reichstage und in dem preußischen Abgeordnetenhause begangen worden sind, dürfen nicht wieder begangen werden, wenn wir nicht einer Zukunft entgegengehen sollen, die jenen trostlosen Pessimismus rechtfertigt, wie er bereits in bedenklichem Maße in den Kreisen Platz gegriffen hat, die als die festesten Stützen streng monarchischer und nationaler Gesinnung angesehen werden. Bei der Vertretung der Marineforderungen wird die Regierung vor Allem die Aufgabe haben, den Gegnern unserer nationalen Machtstellung von vornherein das Bewußtsein beizubringen, daß sie es mit einem unbeugsamen Willen zu thun haben, der nicht mit sich feilschen und handeln läßt, sondern der darauf gerichtet ist, unter allen Umständen und allen Widerständen und Hindernissen zum Trotz das durchzusetzen, was im nationalen Interesse für unbedingt nothwendig erkannt worden ist. Forderungen für die Verstärkung unserer nationalen Wehrkraft eignen sich nicht als Handelsgeschäft. Bei den Marineforderungen muß jedes Paktiren, jedes Zugeständniß, durch das man etwa die Zustimmung der Ultramontanen erkaufen könnte, vollständig ausgeschlossen sein. Die geringste Spur von Schwanken oder Nachgiebigkeit würde nur dahin führen, den mächtigen Rückhalt im Volke, auf den die Regierung im äußersten Falle mit Sicherheit rechnen kann, zu schwächen. Die nationalen Kräfte in unserem Vaterlande sind auch heute immer noch stark genug, um unter der richtigen Führung die inneren Feinde des Reiches zu bändigen. Fürst Bismarck hat an diese Kräfte niemals vergeblich appellirt.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 13. November.

* **Berlin.** Die „Berliner Correspondenz" erfährt, dem Preisausschreiben für den Entwurf zu einer Hochzeitsmedaille liege die Absicht zu Grunde, die einheimische Medaillenkunst zu fördern und die Aufmerksamkeit der Künstler sowie die Theilnahme des Publikums diesem Kunstzweige zuzuwenden, der früher in Deutschland mehr als jetzt gepflegt und beliebt war. Der Kultusminister beabsichtige, für einen oder mehrere preisgekrönte Entwürfe Prägestempel herstellen zu lassen und dadurch Privatleuten Gelegenheit zu geben, nach Vereinbarung mit dem Künstler Exemplare der Medaille oder Plakette zu mäßigen Preisen zu erwerben und mit jedesmal besonders einzugravirender Inschrift bei Hochzeiten als Geschenk für Eheleute oder als Erinnerungsgabe für deren Angehörige zu verwenden. An eine amtliche Verleihung der Medaille ist dabei selbstverständlich gar nicht gedacht worden.

* **Hamburg.** Cav. Ermete Zacconi's erstes Auftreten im hiesigen Thaliatheater wurde durch die gewaltigen Beifallsstürme des ausverkauften Hauses, die zahlreichen Hervorrufe und die tiefernste Theilnahme des gewählten Publikums zum Ereigniß der diesjährigen Spielzeit gestempelt. Die Darstellung seines Moretti und Pietro Caruso zeugte von seiner unbestrittenen Meisterschaft moderner Bühnenkunst.

* **Budapest.** Der Katholikenkongreß wählte den Grafen Julius Szapary zum weltlichen Präsidenten. Bei der Wahl des Ausschusses zur Ausarbeitung des Entwurfes betreffend die Organisation der katholischen Autonomie erlitt die Volkspartei unter Führung der Grafen Ferdinand Zichy und Etterbazy eine vollständige Niederlage. An der Spitze der siegreichen gemäßigten Partei stehen die Grafen Apponyi und Szapary.

* **Rom.** Der Ministerpräsident Rudini besuchte heute Nachmittag den Staatsminister v. Bülow.

Berlin. Die Kreuzerdivision in Ostasien hat, wie offiziös bestätigt wird, Befehl erhalten, die Schantung-Küste in der Nähe des Ortes, an dem die Ermordung Deutscher sich ereignete, anzulaufen und eine sofortige Genugthuung durchzusetzen. — Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht amtlich die Abberufung des bisherigen deutschen Gesandten in Lissabon, v. Derenthall, behufs anderweitiger dienstlicher Verwendung. — Der Minister für öffentliche Arbeiten hat, einer Vorstellung der brandenburgischen Landwirthschaftskammer entsprechend, die Oberpräsidenten ermächtigt, die Zeit, innerhalb deren die zur vorübergehenden Beschäftigung zugelassenen ausländischen Arbeiter im Inland sich aufhalten dürfen, in Fällen dringend wirthschaftlichen Bedürfnisses über den 15. November hinaus um eine angemessene Frist zu verlängern. In Ostpreußen soll der Oberpräsident sogar den Aufenthalt den ganzen Winter über gestattet haben, während die fremden Arbeiter aus den Industriegebieten, in denen sie beschäftigt sind, ausgewiesen werden. — Staatsminister v. Hofmann ist anläßlich seines 70. Geburtstags zum Ehrenmitglied der Deutschen Kolonialgesellschaft ernannt worden. — Der Reichskanzler empfing gestern den Besuch des russischen Botschafters Grafen von der Osten-Sacken und heute den des zum türkischen Botschafter designirten Generaladjutanten des Sultans, Tewfik Pascha. — Das von französischen Blättern verbreitete Gerücht, die deutsche Regierung hätte die Abberufung des türkischen Botschafters Ghalib gewünscht, wird offiziös als vollständig unbegründet erklärt. — Ein Londoner Blatt läßt sich melden, Staatssekretär v. Bülow habe sich in seiner Audienz beim Papste von der Sympathie des Vatikans für den Zweibund und von dessen Feindseligkeit gegen den Dreibund überzeugt und Namens des Kaisers erklärt, wenn der Vatikan dabei beharre, dem Dreibund zu opponiren, und den Bund Frankreichs mit Rußland zu begünstigen, würde die deutsche Regierung Repressalien gegen die Katholiken ergreifen. Thatsächlich hatte es sich nur um einen Abschiedsbesuch des Staatssekretärs v. Bülow beim Papste gehandelt. Der Träger besonderer diplomatischer Aufträge beim Papste wäre übrigens der preußische Gesandte Otto v. Bülow und nicht der frühere Botschafter beim Quirinal. — Die New-Yorker „World" bringt folgende sensationelle Meldung: Deutschland und die Türkei haben eine Militärkonvention abgeschlossen, wonach die Türkei endgiltig dem Dreibund beitritt. Deutschland verpflichtete sich, der Türkei hinreichende Waffen für Heer und Flotte zu liefern. Die Türkei verspreche, gegen Rußland zu marktren, falls dieses das europäische Konzert störe. Die „Voss. Ztg." bemerkt: Die Meldung trägt den Stempel kühner Erfindung so deutlich auf der Stirn, daß sie wiedergeben auch schon sie abthun heißt. Mit einem Leichnam, sei er auch durch einige billige Waffenerfolge vorübergehend galvanisirt, verbindet eine Großmacht sich nicht.

Berlin. Der hiesige Buchhändler Wilhelm Fritsch wurde gestern in einem Café festgenommen und in das Untersuchungsgefängniß eingeliefert. Es werden ihm schwere Körperverletzungen, Verbrechen wider die Sittlichkeit, Entführung minderjähriger Personen, sowie theils versuchter, theils vollendeter Betrug zur Last gelegt. Sämmtliche Straftaten soll er gegen seine weiblichen Angestellten begangen haben. Bei seiner Festnahme wurden 39 goldene Damenringe bei ihm gefunden.

Berlin. Der Präsident der Republik Haiti veröffentlicht in seinem Regierungsblatt Schriftstücke über den diplomatischen Konflikt mit Deutschland, welche, indem sie die thatsächliche Veranlassung und die Vorgeschichte desselben gänzlich im Dunkeln lassen, den Nachweis zu führen suchen, daß der deutsche Geschäftsträger, Graf Schwerin sich eines Verstoßes gegen die internationalen Gebräuche der Diplomatie schuldig gemacht habe. Graf Schwerin habe sich unvermuthet im Nationalpalast eingefunden, ohne vorher eine Audienz durch den Vertreter des Präsidenten oder auch nur im direkten Privatweg nachgesucht zu haben und er habe dem Präsidenten gegenüber wegen der Verurtheilung des Herrn Lüders ein Ultimatum gestellt. Lüders sei zwar bei der deutschen Gesandtschaft eingeschrieben, nach dem Wortlaut und nach dem Geiste der Gesetze Haitis müßte er aber als Haitianer angesehen werden, weil er von einer Haitianerin geboren sei. Der Präsident habe dem Grafen Schwerin bemerkt, daß er sich an den Staatssekretär des Aeußern wenden sollte, bei dem er ausschließlich beglaubigt sei. Auf Beschluß des Rathes der Staatssekretäre habe sich nun der Staatssekretär des Aeußeren an den Grafen Schwerin mit einem Schreiben gewendet, in dem er sich als natürlicher Vermittler zur Verfügung stellte, wenn Graf Schwerin den Wunsch haben sollte, um Privataudienz bei dem Präsidenten nachzusuchen. Zugleich erklärte er sich immer bereit, unparteiisch und kaltblütig die Mittheilungen entgegenzunehmen, die ihm Graf Schwerin betreffs des Herrn Lüders machen könnte. Graf Schwerin hat sich darauf beschränkt, den Empfang dieses Schreibens zu bestätigen. Darauf empfing die haitianische Regierung eine definitive Weigerung des Grafen Schwerin, mit dem Departement des Auswärtigen in Verbindung zu treten. Die haitianische Regierung könne gegen diese Haltung nur protestiren. Schließlich wird der Beschluß des Präsidenten, welcher dem Kaufmann Lüders völlige und ganze Begnadigung zubilligt, mitgetheilt und in einer weiteren Notiz eine Mahnung an die Zeitungen gerichtet, sich aller Provokationen zu enthalten. — Die „Post" erhält von einem auf Haiti ansässigen Freunde, der die dortigen Verhältnisse seit Jahren kennt, Einzelheiten über die Vorgänge, welche mit der Darstellung der haitianischen Regierung vielfach in Widerspruch stehen. Er schreibt unter dem 22. Oktober: Vor vier Wochen etwa ereignete es sich, daß ein gewisser Lüders, der Sohn eines der ersten Hamburger Häuser, hier am Platze sein Hausrecht gegen einige ganz unverschämte Polizisten geltend machte, die in einen Stall gedrungen waren, um seinen Kutscher zu verhaften. Die Polizisten hier sind das infamste Lumpenpack, stehlen und betteln, und sind absolut nicht als irgend eine anständige Exekutivgewalt zu betrachten. Ferner ist das einzige Recht, das uns Weißen hier eingeräumt ist, unser Hausrecht, d. h. kein Haitianer darf ohne besonderen Befehl des Staatsanwalts das Haus eines Weißen betreten. Anstatt daß man auf die Beschwerde des Herrn Lüders hin die Polizisten bestrafte, steckte man Lüders einfach, ohne Urtheil, in's Gefängniß und strengte erst darnach eine Anklage gegen ihn an auf Revolte und Mißhandlung von Beamten, welche sich in Ausübung ihrer Amtspflicht befanden. Da wurden Richter bestochen, Meineide geschworen, und das Ende vom Liede war, daß Lüders zu 1 Jahr Gefängniß und 500 Dollars Strafe verurtheilt wurde. Alle Schritte des hiesigen deutschen Geschäftsträgers Grafen Schwerin blieben erfolglos, ja man lachte und hielt sich öffentlich über seine Ohnmacht auf. Da hat Graf Schwerin Ende der vergangenen Woche telegraphisch das Auswärtige Amt um Instruktion. Diese traf am 17. Oktober ein und ließ nun die Wogen der Begeisterung für unsere deutsche Sache hier draußen hochgehen. Die Antwort des Auswärtigen Amtes lautete nämlich: Sofortige Freilassung, vollständiger Schadenersatz und Bestrafung der Richter und Polizisten. Graf Schwerin that die nöthigen Schritte, aber sowohl der Präsident wie das Ministerium verweigerten, dem Ultimatum Deutschlands nachzugeben. Die Folge davon war die Abbrechung der diplomatischen Beziehungen, und die deutsche Kolonie hier, die an 70 Köpfe stark ist, wurde unter amerikanischen Schutz gestellt. Der amerikanische Ministerresident Powel hat denn auch seine über Berlin-Washington erhaltene Ordre echt amerikanisch schnell durchgeführt. Er ging gestern zum Präsidenten und sagte: „Mein Herr! Herr Lüders ist mein Freund, ich will ihn in Freiheit sehen!" Der Präsident verweigerte es mit dem Vorgeben, daß er ohne Senat und Ministerium nichts machen könne; worauf Ministerresident Powel erwiderte, daß dann in zwei Tagen amerikanische Kriegsschiffe in den Hafen von Port-au-Prince einlaufen würden. Das wirkte. Sofort wurde der Senat zusammenberufen und zwei Stunden später befand sich Herr Lüders in Freiheit. Es ist gar nicht abzusehen, falls man es bis zum Aeußersten getrieben hätte, welchen Dingen wir Deutschen hier ausgesetzt gewesen wären, denn der Haß ist in's Riesenhafte gestiegen, eine Metzelei wäre unausbleiblich gewesen. Bis an die Zähne bewaffnet wagten wir uns nur aus unseren Häusern. Unterm 25. Oktober schreibt derselbe: „Man fängt hier bereits an, in unsere Häuser zu schießen, natürlich Nachts, wo eine Verfolgung unmöglich ist. Graf Schwerin hat derartige Schmäh- und Drohbriefe bekommen, daß deren Inhalt sich gar nicht wiedergeben läßt. Wollte Gott, daß bald Kriegsschiffe eintreffen, denn wir sind hier Allem ausgesetzt."

Altenburg. Der Landtag ist auf den 25. November einberufen.

Darmstadt. Der Großherzog konnte wegen des Zusammenstoßes zweier Eisenbahnzüge bei Biblis erst gegen Mitternacht von einem unternommenen Jagdausflug nach hier zurückkehren. — Der Prinz und die Prinzessin Heinrich von Preußen reisen morgen nach Kiel ab.

Kiel. Hofrath Pollini hat an den hiesigen Magistrat ein Schreiben gerichtet wegen Ueberlassung eines Platzes zum Bau eines Stadttheaters aus eigenen Mitteln.

Köln. Die Verkehrsverhältnisse im ganzen industriellen Westen gestalten sich mit jedem Tage schwieriger und dürften für den Bergbau und die Industrie in der allernächsten Zeit bereits verhängnißvoll werden. Der Rhein fällt derart, daß die Seeschiffe nicht mehr bis Köln fahren können. Die Frachtschiffahrt nach dem Mittel- und Oberrhein ist sehr beschwerlich. Der Wasserstand des Kölner Pegels beträgt 1 Meter, während der Normalwasserstand ½ Meter beträgt. Dazu kommt der stetig steigende Wagenmangel im Eisenbahnverkehr. Am Donnerstag konnten von den von den Zechen verlangten Wagen 3361 nicht gestellt werden.

Düren. Der in den letzten Tagen verstorbene Rentner Erich Schleicher vermachte 600,000 Mk. zu wohlthätigen Zwecken, darunter 100,000 Mk. für die Bodelschwingh'sche Anstalt, 100,000 Mk. für die Dürer Generalschule und 25,000 Mk. dem Rheinischen Blindenverein.

Karlsruhe. Der Landtag im Großherzogthum Baden ist auf den 23. November einberufen worden. Zum Präsidenten der Ersten Kammer ist Prinz Karl von Baden ernannt. — Ueber den Eisenbahnunfall bei Biblis wird amtlich gemeldet: Am 12. d. M. Abends 8 Uhr ist in der Station Biblis infolge verfrühter Rückmeldung ein von Groß-Rohrheim kommender Personenzug auf einen noch nicht ganz in die Station eingefahrenen Güterzug aufgefahren. Der Heizer des Personenzuges wurde schwer, zwei andere Personen leicht verletzt. Der Tender des Personenzuges und vier Wagen des Güterzuges wurden beschädigt.

Aschaffenburg. In einem Prozeß gegen den Fabrikanten Kramer, in dessen Fabrik seinerzeit eine Explosion den Tod

Meine Frau kocht mit Triumph-Seife für Küche und Haushalt